

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einschließlich Bringselgeld monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen einschließlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich monatlich 2.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 276. Dresden, Mittwoch den 27. November 1918. 29. Jahrg.

Beratungen über das Wahlgesetz.

Das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Der Rat der Volksbeauftragten, der Montag um 10 Uhr versammelt unter Teilnahme von Staatssekretären und Hochverwaltern zusammengetreten war, um den vom Reichsamt ausgearbeiteten Entwurf für die Wahlen zur Nationalversammlung zu erörtern, ist bis in die Nachmittagsstunden, ohne die Beratung zu Ende zu bringen. Es war für Dienstag eine neue Sitzung anberaumt worden, der man zu einem Abschluss zu kommen hoffte. Es scheint, daß von Scheidemann in der Reichskammer zum Vorschlag geachtete vereinfachte Wahlmodus wenig Aussicht auf Annahme hat, da man sich vielleicht doch schließlich auf die Bestimmungen der Vorlage einigen, die den 2. Februar 1919 für die Wahlen in Aussicht nimmt, obwohl eine starke Strömung vorhanden zu sein scheint, die diesen Termin möglichst noch verschieben möchte.

Es wird dazu noch gemeldet: Die gestern abgehaltenen Beratungen über den Entwurf der Wahlordnung zur Nationalversammlung haben eine Entscheidung noch nicht gebracht, da sie mittags abgebrochen wurden und erst heute früh fortgesetzt werden. Der Entwurf scheint aber, laut Vormärz, eine freundliche Aufnahme zu finden zu haben.

Zu den Scheidemannschen Vorschlägen wird in der Deutschen Ill. Ill. geschrieben:

Man warte sie nach einer Richtung hin noch weiter verhandeln, wenn die eingereichte Liste der Parteien von jeder für sich gedruckt und den Kandidaten der Partei zur Verteilung an die Wählerliste zugesandt werden. Man muß die Unannehmlichkeit namentlich ländlicher Wähler bedenken, die oftmals verfahren würden, die von ihnen gemeinte Liste zu zerstückeln, und so würde eine erhebliche Anzahl von unrichtigen Stimmen herauskommen, was doch sicher nicht im Interesse dieser ersten Wahlen des neuen Deutschlands ist.

Was wird mit dem Landes-Arbeiterrat?

Von Emil Nitsche.

Wie untern Vorkern aus den Mitteilungen bekannt ist, die vor einigen Tagen unter dem Titel: Am Eigenwillen gescheltet veröffentlicht worden sind, ist der Landes-Arbeiterrat nach mehrstündigem Redegesetz von den Unabhängigen gesprengt worden, und zwar dadurch, daß diese den Saal verließen und so die Landeszentrale handlungsunfähig machten, bevor sie noch in eine Beratung ihrer Obliegenheiten eintreten konnte. Diese wurden zwar vom Volksbeauftragten des Innern Albin für äußerst dringlich bezeichnet, was scheint ihn aber nicht verhindert zu haben, bei der Besetzung der Landesstelle mitzuwirken.

Jedenfalls kann nicht daran gezweifelt werden, daß eine Generalversammlung für das ganze Land dringend nötig ist. Auch wenn das heutige Regierung nicht ausdrücklich versichert hätte, wählten wir uns verlässlichen Vorgängen im Lande, daß eine einheitliche Regelung verschiedener Fragen dringlich nötig ist, wenn nicht ein einheitliches Durchgreifen im Lande entstehen soll. Von einer nachmaligen Verfassung des Landes Arbeiterrats in seiner jetzigen Zusammenfassung kann man sich kaum etwas versprechen; es sei denn, daß die Unabhängigen, besonders die Völkler, zur völligen Umkehr bereit seien. Nach dem Austritt dieser Leute in der ersten Sitzung ist das aber kaum zu erwarten. Es muß also eine Zusammenberufung der Landesversammlung auf neuer Grundlage erfolgen.

Doch, hier sind wir schon. Es ist nämlich sehr fraglich, wie die Initiative für Beschaffung einer betriebsfähigen Landeszentrale zu treffen soll. Selbst wenn das die Vorkern der Arbeiterräte zu den drei Großstädten des Landes, die in einer Weise versetzt zu sein immer die große Mehrheit hatten, obwohl ihnen gar keine solche in den Arbeiterräten zur Seite steht, was ja die Wahlen zum Dresdner Arbeiterrat in geradezu überwältigender Weise offenbart. Dennoch wird diese fragwürdige Initiative vornehmlich auch heute noch Anspruch auf die Initiative in dieser Sache machen, obwohl inzwischen eine neue Regelung entstanden ist, der doch vornehmlich die Vorbereitung zu der anderweitigen Einberufung eines Landesarbeiterrats anfallen müßte. Es müßte ihr auch zuzulassen, wenn die Vorkern für diese Wahl und Zusammenberufung zu machen, nach jeder Richtung hin die Initiative zu ergreifen. Das muß aber, nach jeder Richtung hin, nicht an seiner Stelle die Notwendigkeit sein, so oder etwas et werden, weil an seiner Stelle die Notwendigkeit einer Landesberufung besser erkannt werden kann wie bei den Landesbeauftragten in der Regierung, besonders aber bei dem für das Land des Innern. Dieser aber ist wiederum mit den Völkler Sprengmannschaften eng verbunden.

Doch wie dem auch sei, es soll uns nicht hindern, Vorschläge für die Einberufung eines Landes Arbeiterrats zu machen. Es sind die Wahlen nach dem Verhältnisverfahren für das ganze Land auszuschließen. Als Grundlage könnte die Verteilung für die Wahlen zur Nationalversammlung im Reich genommen werden, die im Entwurf schon fertig vorliegen soll. Danach soll Sachfen in die große Kreise eingeteilt sein, innerhalb welcher nach dem Ver-

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Mit dem Sturz der alten Gewalt haben auch die Frauen Deutschlands ihre politische Freiheit erhalten. Die sozialistische Regierung hat, getreu der alten sozialdemokratischen Programmforderung verordnet, daß alle 20jährigen deutschen Männer und Frauen zur gesetzgebenden Nationalversammlung wahlberechtigt und wählbar sein sollen. Damit ist der vornehmste Grundfay der Demokratie, wonach das gesamte Volk sein eigenes Geschick formen soll, durchgeführt.

In kurzer Zeit wird das deutsche Volk die Wahl zur Nationalversammlung vornehmen. Mehr als 20 Millionen Frauen haben das Recht der Stimmabgabe. Haben die bisher in Deutschland vollständig entrechteten Frauen die politische Reife, die sie befähigt, über das zukünftige Geschick des Landes, in dem sie stündlich vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, zu entscheiden? Jetzt tragen wir Frauen mit an der Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Zukunft unsres Landes. Die Geschichte wird einst über uns urteilen. Nicht wir heute unser Tun danach ein, daß wir einst verantworten, daß wir, die Trägerinnen der lebendigen Zukunft unsrer Kinder einst voll in die Augen schauen können.

Politische Freiheit ist noch nicht wirtschaftliche Freiheit. Sie wird erst gewonnen durch den Sozialismus. Er allein bringt auch den Frauen die volle Unabhängigkeit. Soll die Revolution dem Sozialismus die Tore öffnen, müssen wir Frauen unser Teil dabei erfüllen.

Sinein in die Sozialdemokratische Partei! Das muß heute die Losung für alle Frauen sein!

Marie Juchacz.

Wahlverfahren zu wählen ist. Jeder dieser Kreise soll zwölf Vertreter entsenden. Wenn man für die Landesberufung diese Zahl verdoppelt oder verdreifacht, so hätte man einen Landes Rat, der bereits den Vorkern einer Konstituante bilden könnte, nur mit dem allerdings nicht unzufälligen Unterschied, daß zum Landes-Arbeiterrat nur die Arbeiter und unteren Angestellten als Wähler zugelassen werden könnten.

Die Zuständigkeit eines auf solche Weise ermählten Landes-Rates könnte in keiner Weise angezweifelt werden, was bei dem jetzigen sehr wohl hart zu befrachten wäre, namentlich wenn er für das ganze Land gültig, einschneidende Beschlüsse fassen wollte. Die Forderung nach einer Verhältniswahl kann aber mit geradezu unüberwindlichen Argumenten gestützt werden. Es ist das Wahlverfahren der neuen Republik, das für alle Bestimmungen vorgezogen ist. Es ist in unserem Parteiprogramm gefordert und seit Jahrzehnten auch von den Völkern verfochten worden.

Um die Notwendigkeit eines Landesarbeiterrats noch etwas zu illustrieren, sei noch darauf hingewiesen, daß die Regierungskasse unbedingt eine breitere Basis schon heute erhalten müssen. Es ergeben die wichtigsten Anordnungen, und weitere sind in Aussicht genommen. Sie werden von Tausenden fröhlich begrüßt, schmeiden aber auch tief in die seitherigen Verhältnisse ein und erzeugen Störungen. Es sei in die seitherigen Verhältnisse, daß die sofortige Einführung des Achtstundentages die Kohlenversorgung noch mehr gefährdet hat, als es seither schon der Fall gewesen ist. Auch bei Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsunternehmen wird diese fegensetliche soziale Anordnung für uns jetzt unentzählige Störungen zur Folge haben, wenn man sie nicht vorbereiten würde. Jedenfalls können auch die besten sozialpolitischen Maßnahmen unheilvoll wirken, wenn man sie mit einem Schlage einführen würde, statt die organische Ueberleitung in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.

Hierbei soll aber gerade der Landesarbeiterrat mitwirken. Er kann die Basis für eine gründliche Beratung abgeben und die Erfahrung und Einsicht des ganzen Landes hierfür aufbringen.

Nach all dem würde das bei einer anderen auch bereits angeführten Meinung sein, der absoluten Selbstverwaltung der Gemeinden. Sollte man diese ohne weiteres durch eine Verfügung ins Werk setzen, würde der größte Schaden angerichtet werden. Heute sind die Gemeinden gerade bei der Nahrungsmittelversorgung ein Hauptglied in der Organisation der Reichs- und Bezirksverbände. Wenn man dieses herausnimmt, stünde die Maschinerie still und das Volk würde jämmerlich für sich allein auch nichts leisten können. Welche Ge-

fahren daraus für die Lebensmittelversorgung, für die Kohlenber-

lung usw. zu machen würden, wäre gar nicht abzusehen. Weitere Beispiele für die Notwendigkeit einer Landesberufung sind wohl kaum nötig. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß die eine sozialdemokratische Republik mit einer Direktorialregierung auch nicht verträglich. Die Maschinerie muß sehr bald in Umrüstung kommen, wenn sie nicht auf einer sicheren breiten Grundlage beruht. Das aber kann nach der jetzigen Sachlage nur der Landes Arbeiterrat sein, der aber auch so bald wie möglich durch eine Konstituante ersetzt werden müßte, wozu aller, Bewohnern Sachsens vom zwanzigsten Lebensjahre an das Stimmrecht zustehen müßte.

Die Schuldfrage.

Eine Erklärung Bethmann-Hollweg.

Berlin, 26. November. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung nimmt der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg Stellung zu der Veröffentlichung der serbischen Dokumente. v. Bethmann-Hollweg betont feierlich, daß die deutsche Regierung in der denkbar schärfsten Form der österreichischen Regierung zu erkennen gegeben habe, daß Deutschland zwar bereit sei, seine Bundespflichten zu erfüllen, daß es Deutschland aber ablehnen möchte, sich von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung seiner Pflichten in einen Weltbrand hineinzuziehen zu lassen. Der frühere Kanzler sagt dann weiter:

Ich lehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden soll, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Bezüglich des Jah-Vertrages führt er aus: Unstre Schuld erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, des Jah-Vertrages eine Behandlung angedeihen zu lassen, die seine Bewohner den Wechsel ihrer Herrschaft nicht allmählich vergessen ließ und die es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von einem gemachten, von uns im Jahre 1871 begangenen Mordrecht entstand.

v. Bethmann-Hollweg schließt sein Bekenntnis wie folgt: „Frei wollen wir bestehen gegenüber eigener Schuld, aber wenn wir das Schicksal auch noch so hart geschlagen hat, unumkehrbar Bekenntnisse lassen wir uns von ihm nicht abringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sklaven. Gerade im tiefsten Unglück behalt wir den festesten Willen, auch in schwerster Zukunft zu arbeiten zu wollen an den großen Aufgaben der Menschheit, die in Weltteil dieser Krieges mit blutigen Leitern an das Firmament geschrieben hat. Wir werden es nur können, wenn wir frei von den Schladen der Vergangenheit aufrechte Männer sind und keine“

Das verhängnisvolle Ultimatum.

Berlin, 26. November. Der Wiener Korrespondent der Deutschen Ill. Ill. meldet: Zu den Enthüllungen der österreichischen Regierung mit an maßgebender Stelle erklärt, daß v. Bethmann-Hollweg von Jagow und Zimmermann fernest guten Glaubens waren, als sie versicherten, das Ultimatum an Serbien nicht bekannt zu haben. Der Wortlaut dieses Ultimatus ist nach dieser Darstellung in Wien ohne jede deutsche Mitwirkung aufgesetzt und allerdings zweimal 24 Stunden vor seiner Ueberreichung in Belgrad der deutschen Botschaft in Wien ausgedrückt worden. Der Wortlaut aber erst am nächsten Tage diffundiert per Bahn durch einen Zeitläufer nach Berlin bringen, wo er dem Staatssekretär des Auswärtigen und der deutschen Regierung somit fast genau zur selben Stunde bekannt wurde, wie der serbischen Regierung. Auf dem Traktatwege ist der Wortlaut nach Berlin bestimmt nicht weitergegeben worden, trotzdem sind aber von Jagow und Zimmermann über den eigentlichen Wortlaut des Ultimatus, weil er keine Möglichkeit des Einlenkens zuließ, aufs peinlichste überreicht gewesen und haben dem Grafen Beckendorff davon kein Geheimnis gemacht.

Der Name des eigentlichen Ueberbringers des Ultimatus wird vielleicht eine kleine Neberensung werden. Von deutscher Seite steht eine Veröffentlichung in nächster Zeit bevor. Der neue deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Rudo Darmann, hat unter Dr. Viktor Adler und Dr. Bauer die Reichsarchive der Vorkriegszeit gründlich überprüft und zweifellos den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus hart und immer härter gedrückt wurde, um das Kriegsausgünstig aufzubringen. Darmann wird die von ihm ausgewählten Dokumente alsbald veröffentlichen. Sie werden zeigen, wo die Hauptschuld lag. Döberhoff wurde so einseitig informiert, daß er erklärte, nicht mobilisieren zu lassen, weil Serbien noch nachgeben würde.

Friedensberörterung im Frühjahr 1918.

Die Wiener Neue Freie Presse meldet aus dem Haag: Aus diplomatischen Kreisen wird folgendes mitgeteilt: Noch vor Beginn der deutschen großen Offensive im Frühjahr 1918 hatten vertrauliche Verhandlungen zwischen englischen und französischen Stellen und Vertretern Österreich-Ungarns das Resultat erzielt, daß man auf Seiten der Alliierten bereit war, in eine Friedensberörterung einzutreten, und zwar unter Bedingungen, die für die damaligen Verhältnisse immerhin sehr